

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

22.5.1930 (No. 119)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Sprecher
Nr. 283
und 284
Postkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Vertrieb:
Chefredakteur
G. K. K. K.
Karlsruhe

Bezugspreis: Wöchentlich 3,25 RM, einschließlich Zustellgebühren. — Einzelnummer 10 Pf., Samstags 15 Pf. — Anzeigensatz 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Quadrat Zentimeter. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Anzeigen, die als Kassenzettel werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind bis zum 15. des Monats vor dem Erscheinen der Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in der Redaktion mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zweimonatliche Vorzahlung und Kontokorrenten sind der Redaktion zu leisten, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckarbeiten und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 28. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Regierung Schober und die Heimwehren

Die Heimwehren gegen das Entwaffnungsgesetz
Pr. Wien, 22. Mai. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen wird die Lage des Kabinetts Schober wesentlich ruhiger beurteilt, als es in einem Teil der deutschen Presse geschieht. Die Heimwehren haben ihre (unter mitgeteilten) Forderungen überreicht, die übrigens keinen ultimativen Charakter tragen, worauf der Bundeskanzler sofort erklärte, daß diese Forderungen für die Regierung untragbar seien. Das Kabinett steht einmütig in dieser Frage hinter ihm, auch diejenigen Mitglieder, die zugleich der Heimwehr angehören. Man erwartet mit Bestimmtheit, daß die Entwaffnungsvorlage der Regierung in der Abstimmung angenommen wird.

Ein Bekenntnis zum Faschismus

Nach einer Meldung aus Wien hat die Bundesführung der Heimwehren an den Bundeskanzler Dr. Schober bezüglich der Novelle zu dem Entwaffnungsgesetz ein Schreiben gerichtet, in dem sie dem Bundeskanzler vorschlägt, daß die Staatsregierung unter Mitwirkung der Heimwehren die Entwaffnung der staatsfeindlichen und volksverhöhnenden Elemente durchführen soll. Für die Zeit der Durchführung dieser Maßnahmen soll ein von der Bundesführung vorgeschlagener Vertrauensmann das Innenministerium übernehmen und an denjenigen Stellen, denen die Polizei und die Gendarmerie unterstehen, sollen Vertrauensmänner der Heimwehren eingesetzt werden.
Das Landbundorgan „Neues Wiener Tagblatt“ schreibt dazu, daß dadurch eine ernste und für die Heimwehrführung sehr kritische Lage geschaffen sei. Daß die Bundesleitung den Mut finde, dem Chef der Regierung ein Memorandum mit derartigen Forderungen zu überreichen, müsse als beispiellos angesehen werden. Da sich dieses Memorandum ebenso gegen Parlament und Parteien wie gegen die Regierung richte, ist ein geschlossenes Vorgehen aller dieser Faktoren unbedingt erforderlich. Eine Antwort werde der Heimwehrführung jedenfalls erteilt werden: Sogar die Durchführung des Entwaffnungsgesetzes.

Der oberste Führer der Heimwehren, Dr. Steidle, hat in Kornau ein offenes Bekenntnis zum Faschismus abgelegt. Er stellte die erschienenen Mitglieder politischer Parteien vor die Frage: „Werden Sie wie bisher auf dem Standpunkt stehen, daß die Heimwehr nichts ist als der Entreiber für die Parteien oder wollen Sie sich, um ein Schlagwort zu gebrauchen, für das faschistische System erklären? Das ist die klare und einfache Formel.“ Steidle verlangte schließlich von den Anhängern ein feierliches Gelübde, daß sie gewillt sind, gegen den demokratischen Parlamentarismus und gegen die liberale kapitalistische Wirtschaft und für den Ständestaat zu arbeiten. Fürst Starhemberg erklärte: Da die Regierung mit Hilfe der Heimwehr aus Nader lam und vorher zwischen dem Chef der Regierung und den Führern der Heimwehrbewegung Besprechungen stattgefunden haben, würde ein Vorgehen gegen die Selbstschußverbände dem Ergebnis dieser Besprechungen widersprechen.

Der christlichsozialen Parteivorstande Baugoin hat Dr. Steidle, der die revolutionäre und gegen die Parteien gerichtete neue Formel der Heimwehren durchsetze, die Forderung der Christlichsozialen nach Einhaltung der Parteidisziplin mitgeteilt. Dagegen hat Dr. Steidle an seinem Standpunkt festgehalten und mit der Gründung einer neuen Partei gedroht. Angeblich soll Dr. Seipel die Vermittlung zwischen beiden übernehmen.

Regierungskrise in England

Drohende Niederlage Macdonalds im Unterhaus
W.B. London, 22. Mai. Das Kabinett Macdonald befindet sich in höchst kritischer Lage. Unter Führung Sir Oswald Mosley, der als Minister zurückgetreten ist, weil die Regierung verschiedene seiner Vorschläge in der Arbeitslosenfrage verwarf, ist eine Revolte gegen den Minister für die Arbeitslosenfrage, Thomas, ausgebrochen. Die Konservativen haben beschlossen, eine Prüfung des Plattenvertrages durch einen parlamentarischen Sonderausschuß zu verlangen. Gestern spät abends hat Lloyd George den Premierminister aufgesucht und ihm erklärt, daß die Liberale Partei befriedigende Zusicherungen in der Frage einer Wahlreform erhalten müsse, wenn ihre Zusammenarbeit mit der Arbeiterpartei fortzuauern solle. „Daily Herald“ erwartet, daß die Krisis am gestrigen Mittwoch ihren Höhepunkt erreicht hat, wo eine Abstimmung über das Gehalt des Ministers Thomas stattfand. Die Konservativen haben den Antrag eingebracht, das Gehalt zu vermindern, was einem Mißtrauensantrag gleichkommt. Wenn die Liberalen sich hierbei der Stimmabgabe enthalten, ist angesichts der Verteilung einer Anzahl von Arbeitermitgliedern eine Niederlage der Regierung möglich, wenn die Liberalen aber mit den Konservativen stimmen, dann ist eine Niederlage und damit der Rücktritt der Regierung sicher.

Pariser Gilbert und die Morganbank. In einem Bericht, der Generalagent für die Reparationen, Pariser Gilbert, werde demnächst in die Bankfirma Morgan & Co. eintreten, hat die Firma — wie aus New York gemeldet wird — auf die Fragen erklärt, daß ihr nichts darüber bekannt sei.

Letzte Nachrichten

Die neuen Finanzschwierigkeiten Rückgang der Steuervergebnisse — Die Folgen der Arbeitslosigkeit

M. Berlin, 22. Mai (Priv.-Tel.) Die Finanzlage des Reiches ist, wie die gestrigen Besprechungen ergeben haben, außerordentlich ernst. Man schätzt den Steuerausfall auf 200 Millionen, wozu noch 300 Millionen Defizit für die Arbeitslosenfürsorge kommen. Wenn es auch wahrscheinlich ist, daß eine Erhöhung des Betrags um ein ganzes Prozent erfolgt — eine übrigens für die jetzige Regierung und ihre Parteien nicht gerade angenehme Aussicht, nachdem sie früher eine Erhöhung um ein halbes Prozent beantragt haben —, bleibt es doch notwendig, Reichszuschüsse in erheblichem Maße zu geben. Das gilt nicht nur für den Augenblick, sondern für die Dauer. Während nämlich die Sachverständigen noch vor einigen Monaten einen Jahresdurchschnitt an Arbeitslosen von 1,2 Millionen angeschlossen haben, werden jetzt allgemein 1,8 Millionen als Durchschnitt angesehen, mit dem unter allen Umständen gerechnet werden müsse.

Steuerliche Erleichterungen Sanierung der Kapitalertragssteuer

W.B. Berlin, 22. Mai. Der Steueraussschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit dem Ermäßigungsgezet zur steuerlichen Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft.
Ministerialdirektor Dr. Jarde begründete die Vorlage, die den Zweck verfolgt, die Kapitalbildung in Deutschland zu erleichtern und den Anreiz zur Anlage deutschen Kapitals im Ausland zu vermindern. Bei Durchführung der Vorlage werde auch die Neigung des Auslands, Kapital nach Deutschland zu geben, gesteigert werden. Auf Grund des Ermäßigungsgezetes sollen Verordnungen herauskommen, durch die die Kapitalertragssteuer für festverzinsten Wertpapiere aufgewertet, die Gesellschaftsteuer von 4 auf 2 Proz., die Wertpapiersteuer von 2 auf 1 Proz. und auch die Börseumsatzsteuer ermäßigt und Steuererleichterungen für sogenannte Zinsbespar-Treue (Kapitalverwaltungsgesellschaften) eingeführt werden. Der Zeitpunkt für das Inkrafttreten dieser Maßnahmen könne noch nicht angegeben, der Januartermin könne aber wegen des finanziellen Ausfalles aller Voraussicht nach noch nicht von der Kapitalertragssteuer befreit werden.

Aussehenverregender Einbruchskandal in Genf

W.B. Genf, 22. Mai. (Priv.-Tel.) Der bisherige Direktor des Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit, Luchair, seine Frau und sein Sohn, sind wegen Einbruchdiebstahls vor den Genfer Richter zitiert worden. Luchair mußte von einigen Tagen bereits seine Demission als Leiter des Internationalen Instituts für geistige Zusammenarbeit geben, da verschiedene Beschwerden gegen seine Tätigkeit eingereicht worden waren. Die Beschuldigung wegen Diebstahls geht auf den Aufenthalt Luchairs während der letzten Völkerbundversammlung zurück, wo er an der Umgebung eines Landhofs mit sämtlichem Inventar und vielen Kostbarkeiten wietete. Nach der Abreise stellte der wieder eingezogene Besitzer den Verlust verschiedener wertvoller Kunstgegenstände und Altertümer, einer Münzensammlung, von kostbarem Porzellan und anderes fest. Auf die Reklamationen erhielt der Besitzer von Luchair gar keine oder nur eine ablehnende Antwort. Es sind Zeugen vorhanden, die gesehen haben, wie der Sohn Luchairs die Schränke erbrochen hat. Bis jetzt konnte von dem entwendeten Gut nichts wieder herbeigeschafft werden.

Die gespannte Lage in Indien

W.B. London, 22. Mai. (Tel.) Aus Simla meldet Reuters, daß 38 hervorragende Nationalistenführer gestern nachmittag bei einer Kundgebung in Jhelum verhaftet wurden. Aus Bombay meldet Reuters: Der Ausschuß des allindischen mohammedanischen Verbandes nahm gestern eine Entschließung an, die besagt, da die gerechten Forderungen der Araber in Palästina nicht günstig ausgenommen worden seien, habe sich die Stimmung der indischen Mohammedaner verschlechtert. Es werde schwer, die Massen noch länger im Zaume zu halten. Der Vizekönig wird aufgefordert, die Ansichten der vereinigten Mohammedaner Indiens in dieser Frage dem britischen Kabinett zu unterbreiten.

Die Funkstation des Völkerbundes. Die Verhandlungen zwischen dem schweizerischen Bundesrat und dem Völkerbundssekretariat über die Errichtung einer Radiostation haben zur Unterzeichnung eines Abkommens geführt. Die Station soll in normalen Zeiten von der schweizerischen Radiogesellschaft in Betrieb genommen werden, während sie in sogenannten Krisenzeiten ausschließlich dem Völkerbund zur Verfügung steht. Die Schweiz erhält das Recht, während der Krisenzeiten, in denen die Station ausschließlich dem Völkerbund gehört, einen Beobachter in die Betriebsleitung zu entsenden.

* Briands Paneuropa und die Sicherheitspolitik

II. (Schluß).

Wir haben gestern an dieser Stelle dargelegt, wie sehr auch Briand in seiner ganzen Außenpolitik von dem Wunsche befeelt ist, die große militärische, politische, finanzielle und wirtschaftliche Nachstellung, die sich Frankreich durch den Weltkrieg errungen hat, gegen jede Schwächung zu sichern. Es ist nicht allein die Angst vor einer „deutschen Revanche“, die diese Politik hervorruft, sondern ebensosehr der Blick auf England und Italien.

Die englische Politik ist ein ganzes Jahrzehnt lang im Fahrwasser der französischen gefegelt. Ja, man kann sagen, daß schon vier Jahre vorher, mit dem Eintritt Englands in den Krieg, dieses Abhängigkeitsverhältnis begründet wurde. Der britische Außenminister Grey hat im Jahre 1914 erklärt, England könne ruhig in den Krieg eintreten, da die Schwierigkeiten, die ein solcher Krieg mit sich bringen werde, kaum größer sein könnten als die Neutralität. Selten ist in der Geschichte der Völker ein törichtereres Wort gesprochen worden. England hat ungeheure Opfer bringen müssen. Die Blüte seiner Bevölkerung ist auf den Schlachtfeldern verblüht. Und als der Krieg zu Ende war, hat es gewiß kein ungeheueres Kolonialgebiet noch erheblich vergrößern können, dafür aber ist die Finanzherrschaft von London auf New York übergegangen, und die Herrschaft zur See muß heute mit Nordamerika geteilt werden. Neue Schwierigkeiten wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art haben sich ergeben. Und immer schwerer und schwerer wird es, das gigantische Imperium zusammenzuhalten.

Der Engländer weiß heute ganz genau, daß sein Land, wenn man die Dinge von einer höheren Warte aus betrachtet, den Weltkrieg genau so verloren hat wie Deutschland selbst, und daß in Europa der große Gewinner Frankreich ist. Schon durch die Jahrhunderte hindurch waren die Gefühle in England nie sonderlich freundlich für den Franzosen, in den letzten Jahren haben sie einen Grad der Erbitterung erreicht, den kein Staatsmann ignorieren darf. Und wenn die Regierung Baldwin-Chamberlain bei der letzten Wahl eine so katastrophale Niederlage erlitt, dann vor allem deshalb, weil die frankophile Politik dieses Kabinetts sich mit diesen Gefühlen einfach nicht mehr zusammenreimen ließ. In Frankreich kennt man diese Gefühle nur zu gut und richtet sich danach.

Und wie steht es nun mit Italien? Dort liegen die Dinge gefühlsgenau so. Auch dort ist ein durch die Abschlußverträge des Weltkrieges schwer Enttäuschter. Der Nationalismus eines Mussolini verlor es, das italienische Volk über diese Empfindung hinwegzutragen. Aber das ist nur möglich auf der Grundlage einer Politik, die immer bewußter ihre Spitze gegen Frankreich kehrt. In Italien ist man in dieser Hinsicht schon viel weiter als in England: während die englische Politik die Gefühle des Volkes auch heute noch wenig berücksichtigt, hat sich in Italien eine vollkommene Verschmelzung von Gefühl und Politik vollzogen. In den letzten Tagen hat Mussolini mit einem ganz eindeutigen Hinweis auf das Schwert den Anspruch Italiens auf die Mittelmeerherrschaft betont, einen Anspruch, von dem auch er ganz genau weiß, daß er sich nur im Kampfe gegen Frankreich durchsetzen läßt. Und wenn man andere Äußerungen italienischer Staatsmänner und solche der führenden italienischen Presse liest, dann möchte man beinahe glauben, daß der Krieg zwischen Italien und Frankreich kaum noch zu vermeiden ist.

Natürlich ist die Sache im Augenblick wohl nicht ganz so schlimm, wie sie aussieht. Aber für die französische Politik bleibt sie ernst und bedrohlich genug. Briand hat diesen Ernst am allerwenigsten verkannt. Und er hat sich offenbar die Frage vorgelegt, wie man durch ein neues Vertragssystem Italien und England so sehr an die Ketten legen könne, daß sie Ruhe halten und Frankreich im Besitze seiner Nachstellung und seiner kostbaren Beute lassen. Die Idee einer Union der europäischen Staaten ist es, von welcher sich Briand die Erfüllung dieses seines Wunsches verspricht.

Die Politik Briands hat mit der Propagierung dieser Idee einen neuen glänzenden Beweis der Befähigung erbracht. Denn diese Idee sieht berückend genug aus, und die Denkschrift Briands selbst, in welcher sie begründet wird, klingt wie ein lockendes Lied. Die Ketten, an

Mit der Beilage: 60. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

welche Italien und England belegt werden sollen, sind so mit Rosen umhüllt, daß man den klirrenden Stahl gar nicht sieht. Aber die Staatsmänner in Rom und in London werden auf das lockende Lied bestimmt nicht hereinkommen. Sie wissen, daß es ein Kattentügel ist. Und was England betrifft, so hat die öffentliche Meinung dort ja bereits mit einer beispiellosen Einmütigkeit abgewinkt. Und in Italien wird es nicht anders sein.

Briand läßt in seiner Denkschrift klar erkennen, daß es ihm bei seiner europäischen Union nicht, wie es früher hieß, auf wirtschaftliche Ziele ankommt — über diese könnte man sehr wohl debattieren —, sondern auf politische Ziele. Und was das für Ziele sind, sagt die Denkschrift ganz offen, indem auch sie von den Sicherheiten spricht. Diese ganze europäische Union soll nichts anderes sein als ein neues Stück in der dem immer länger werdenden Band französischer Sicherheitspolitik.

Fatal für die anderen ist es, daß Briand sich mit dieser sensationellen Denkschrift in das Gewand des großen Friedensfreundes hüllen darf und durchaus in der Lage ist, dialektisch die Widerstrebenden moralisch ins Unrecht zu setzen. Wir haben hier wieder eine neue Probe französischer Staatskunst vor uns, einer Staatskunst, die von jeher mit sozusagen moralischen Mitteln für sich Propaganda zu machen versteht. Erst wurde die ganze Welt mit den Phrasen „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ betrunken gemacht, und dann, als sie benebelt genug war, begann der große Eroberungszug der Revolutionsgenerale und Napoleons I. Auch heute soll wieder die Welt von französischen Phrasen betrunken gemacht werden, damit Frankreich seine Machtstellung um so sicherer behalten und womöglich noch ausbauen darf.

26 Millionen Minderertrag an Steuern im April. Im ersten Monat des neuen Rechnungsjahres hat sich der seit August 1929 zu beobachtende Einnahmerückgang weiter fortgesetzt. An sich weist die gesamte Bruttoeinnahme von 983,39 Millionen (im April 1930) ein Plus von 44,02 Millionen auf, was jedoch lediglich auf die in diesem Rechnungsjahr zum ersten Male dem Reich zuzurechnende Aufbringungsanlage von 70 Millionen zurückzuführen ist, so daß ein tatsächlicher Minderertrag von 25,98 Millionen zu verzeichnen ist.

Börsen vom Oberpräsidenten dienstentzogen. Nachdem Börsen durch das Disziplinargericht seines Amtes entzogen worden ist, hat nunmehr der Oberpräsident die amtliche Suspension des Oberbürgermeisters ausgesprochen. Nach dem Disziplinargesetz ist damit die Kürzung des Gehaltes um die Hälfte verbunden. Entschieden jedoch das Oberverwaltungsgericht zugunsten des Beschuldigten, so wird ihm die gesperrte Summe nachbezahlt.

Die neue „Tägliche Rundschau“ in Berlin ist, wie angekündigt, zum erstenmal erschienen. Über den Arbeitsplan des Blattes erklären Verleger und Schriftleitung, daß die Zeitung ihre Leser in „ausführlicher und in bestem Sinne kritisch mit allen beachtenswerten Meinungen bekanntmachen“ werde, die ihrer Natur nach wirklich öffentlich seien. Der Chefredakteur des Blattes, Dr. G. Schulze-Faehsler, schreibt, daß das Blatt sich für eine Reform einsetzen wolle, die das Vergangene pietätvoll vergegenwärtigen lassen und gesunde Entwicklung zum Wohle vaterländischer Gemeinschaft fördern werde.

Senatspräsident Dr. Niedner f. In München ist der seit zwei Jahren dort im Ruhestand lebende frühere Senatspräsident am Reichsgericht Dr. Niedner im Alter von 67 Jahren gestorben. Er ist seinerzeit besonders bekannt geworden, als ihm der Vorsitz des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik übertragen wurde.

Das 4. Händelfest in Karlsruhe

30. Mai bis 1. Juni

besteht, wie das nunmehr erschienene ausführliche Programm angibt, aus fünf großen Veranstaltungen und wird im wesentlichen von einheimischen Karlsruher Künstlern, Chor- und Orchestervereinigungen bestritten.

Das Landestheater veranstaltet außer der am Ende des Festes erklingenden Oper „Alicia“, bearbeitet von Professor G. Roth, Stuttgart, das erste Orchesterkonzert am 30. Mai, 20 Uhr, in welchem das Orgelkonzert Nr. 2, das doppelchörige Konzert Nr. 28, die bekannte Wassermusik und der Hallelujahchor aus „Messias“ aufgeführt werden.

Samstag, den 31. Mai, 16 Uhr, ist geschlossene Vorstandssitzung im kleinen Nathausaal, daran anschließend, 17 Uhr, Festvortrag: „Gödel in der Gegenwart“ von Professor Dr. Fessler (Heidelberg) im Bürgeraal des Rathauses. Am gleichen Tage, 20 Uhr, wird im Festhalleaal das Oratorium „Elihu“ in der Neugestaltung Christophers aufgeführt.

Sonntag, den 1. Juni, 11 1/2 Uhr, findet im Festsaal der badischen Hochschule für Musik ein Kammerkonzert statt, in welchem das Concerto grosso Nr. 23 und ebenso Nr. 2, die Kammerfonate Nr. 12, das Kammertrio Nr. 10 und drei Arien für Sopran „Süße Stille“, „Flammende Rose“ und „Preis der Tonkunst“ von Kammerfängerin Effelsgröth gesungen werden. Die Orchesterwerke des 1. Konzerts und die Oper „Alicia“ werden dirigiert von Generalmusikdirektor Kripps, der Hallelujahchor und das Oratorium „Elihu“ von Dr. Knoll. Das Kammerkonzert, das übrigens ebenso wie der Festvortrag auch im Rundfunk zu hören sein wird, steht unter DIRECTION von Professor Dr. Seiffert, Berlin. Beieiligt sind die Chöre der Volkshochschule und der Karlsruher Chorvereinigungen. Die Orgel spielt solistisch und auch als Begleitung Orgamist Kraus, (Karlsruhe). Die Solopartien „Elihu“ werden von den Damen Blant, Strad und den Herren Kiefer, Kentwig, Schuster, Löfer, Hospach, in „Alicia“ von den Damen Franz, Strad, Blant Grünwald und den Herren Kentwig und Schöpf im bestritten. Näheres ist durch den Verkehrsverein Karlsruhe zu erfahren.

Ein Kongreß führender Badener in Karlsruhe. Im Rahmen des „Badener Heimattages“, der vom 11. bis 14. Juli in Karlsruhe stattfindet, ist zum ersten Male ein Kongreß führender Badener in Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft vorgesehen. Der Kongreß wird einen Vortragszyklus unter dem Motto „Das badische Geistes-“ bringen. Bekannte badische Schriftsteller und Gelehrte, Vertreter der badischen Universitäten und Hochschulen werden diese Vorträge halten. Am 13. Juli werden in einer literarischen Abendfeier zeitgenössische badische Dichter aus ihren Werken lesen.

Der tote Dichters Heimkehr in die Heimat. Mit dem Gampampfer „Heidelberg“ traf am Dienstag der Sarg mit den sterblichen Überresten des 1918 auf Java verstorbenen deutschen Dichters Max Dautschendy im Hamburger Hafen ein.

Der Wehretat vor dem Reichstag

Grüner gegen französische Verleumdungen

Der Reichstag stimmte am Mittwoch zunächst ohne Debatte der Reichsbeteiligung an der Mobilisierungsanleihe zu. Dann wurde die zweite Beratung des Wehretats eingeleitet durch längere Ausführungen des Reichsweheministers Gröner.

Der Minister wandte sich gegen das vor allem in der französischen Presse immer wiederholte heuchlerische Gerede von der bedrohten Sicherheit durch ein militarisches angreifslüsterne Deutschland. Er erläuterte zahlenmäßig das harte Mißverhältnis, in dem die geringen Aufwendungen für die Wehremacht des entwaffneten Deutschlands zu den hohen Militärausgaben von Frankreich, Polen, England und anderen Mächten stehen. Angesichts der Tatsache, daß die im Versailleser Vertrag enthaltene Verpflichtung zur Abrüstung bisher nur von Deutschland, nicht aber von seinen Gegnern erfüllt sei, müsse Deutschland die ihm in Versailles gelassenen Möglichkeiten voll ausschöpfen, um sich die Verteidigungsmöglichkeit gegen Neutralitätsverletzung und Gebietsraub zu sichern. In der spanischen Wirtschaft sei der diesjährige Wehretat bis an die Grenze des Erträglichsten gegangen, der nächste Etat werde hoffentlich besser ausgestattet werden. Minister Gröner führte weiter aus, daß das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Mannschaften in der Reichswehr ein durchaus gutes sei. Er werde allen politischen Zeretzungsbestrebungen von rechts oder links mit der größten Energie entgegenreten.

Als erster Redner hervorgetreten Abg. Schöpflin den Standpunkt der Sozialdemokraten dahin, daß auch sie eine Reichswehr als Verteidigungsmittel, nicht als Angriffswaffe für notwendig hielten, aber nicht den Standpunkt des Ministers teilen könnten, daß die Möglichkeiten des Versailleser Vertrages voll ausgeschöpft werden müßten. Das verhalte sich durch die finanzielle und wirtschaftliche Not Deutschlands. Schon jetzt seien die Ausgaben im Wehretat zu hoch angelegt, und die Sozialdemokraten würden bei vielen Positionen Einsparungen beantragen. Den immer noch vorkommenden Soldatenmißhandlungen müsse mit größter Schärfe entgegengetreten werden.

Der deutschnationale Abgeordnete v. Lettow-Vorbeck stellte der Reichswehr ein gutes Zeugnis aus, in ihr herrsche ein guter soldatischer Geist, der seine Ergänzung darin finden müsse, daß ganz allgemein in der deutschen Jugend der Wehrwille gepflegt werde. Die viel zu eng gezogenen Grenzen des Versailleser Vertrages für unsere Wehrmacht müßten voll ausgefüllt werden. Daraus müsse auch der Panzerkreuzer B schon in diesem Jahre bewilligt werden.

Wohlschärfer als der Vordröner wandte sich der Zentrumsabgeordnete Ertling gegen die extremnationalistischen Kreise, denen er vorwarf, daß sie durch die Behauptungen von illegalen Missetatbestrebungen in der Reichswehr dem Vaterland und dem Friedensgedanken Schaden zufügten. Die Reichswehr könne nicht als ein zuverlässiges Instrument in der Hand des Staates betrachtet werden, und dieser gute Geist müsse in ihr erhalten bleiben.

Der Kommunist Kippenberger richtete heftige Angriffe gegen die Leitung der Reichswehr und begründete schließlich einen Mißtrauensantrag gegen den Reichsweheminister.

Die Weiterberatung wurde auf heute, Donnerstag, 3 Uhr, vertagt.

Die Amnestieforderung

Zu einer Besprechung, die Reichsjustizminister Dr. Vredt am Mittwoch mit den Fraktionsvertretern der Regierungsparteien über die Amnestieforderung hatte, wird mitgeteilt: Es besteht die Absicht, die Amnestie aus Anlaß der Rheinlandräumung möglichst weit nach rechts und links auszudehnen. Allerdings würde ein solches Amnestiegesetz der Zweidrittelmehrheit bedürfen, und es ist deshalb anzunehmen, daß in der Fortsetzung der Besprechungen auch noch mit den Sozialdemokraten und den deutschnationalen Fraktion gesprochen werden.

Die „D.N.“ berichtet, daß sich eine erfreuliche Annäherung der Regierungsparteien ergab. Es soll eine Annäherung versucht werden, auf der Basis, daß die Ministermörder von der Amnestie ausgeschlossen werden, daß sie aber wie die übrigen Amnestierten, auf alle politische Vergehen ausgedehnt wird. Die Vertreter der Demokraten äußerten sich allerdings ziemlich ablehnend, aber es scheint, daß der größte Teil der Zentrumsfraktion für die Amnestie eintreten wird. Damit wäre die Annahme des Gesetzentwurfes gesichert, zumal wahrscheinlich neben den deutschnationalen auch die Kommunisten für den Gesetzentwurf stimmen werden.

Keine Lockerung des Neblausgesetzes

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beschloß am Mittwoch mit dem kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Anbauverbotes der Hybridrebe. Der Antrag verdammt seinen Ursprung den Winteruntersuchen in der bayerischen Pfalz.

In der Abstimmung wurden alle Punkte des Antrages abgelehnt, die eine Lockerung des Neblausgesetzes forderten. Dagegen wurde die in dem Antrag enthaltene Forderung angenommen, die Niedererschlagung der bereits anhängig gemachten Strafverfahren in die Wege zu leiten, den mit ihnen Familien arbeitenden Winzern die Steuerzulden zu erlassen und Mittel zur Umstellung der Hybridenanpflanzungen auf andere Kulturen bereitzustellen.

Standardisierung landwirtschaftl. Erzeugnisse

In der am 19. Mai abgehaltenen Sitzung des Reichskabinetts wurde u. a. über ein in Vorbereitung befindliches Standardisierungsgesetz für landwirtschaftliche Produkte gesprochen. Es handelt sich bei diesen Plänen des Reichsernährungsministers um ein Rahmengesetz, welches die notwendigen gesetzlichen Handhaben für die angestrebte Standardisierung auf den verschiedenen Gebieten der landwirtschaftlichen Erzeugung zusammenfassend bieten soll. Die bisher geplanten Einzelgesetze, so z. B. die für Milch, Eier usw., würden sich durch die Schaffung eines solchen Rahmengesetzes erübrigen. Die notwendigen Einzelregelungen sollen dann auf dem Verordnungswege vorgenommen werden.

Der auswärtige Ausschuss des Reichstages ist für Freitag, den 23. Mai, zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Ansprache über die Genfer Ratsagung.

Abzug der Speyerer Brückenwache. Die französische Rheinbrückenwache in Speyer, etwa 20 Mann, ist Mittwoch mittag abgezogen. Die Räumung der Stadt Worms wird am nächsten Mittwoch beendet sein. Schatzungsweise dürfen sich jetzt noch 6-800 Mann Truppen in der Stadt befinden. Die letzten französischen Genarmen werden Worms allerdings erst am 8. Juni verlassen.

Der König und die Königin von England haben am Mittwoch in London die Deutsche Oper besucht, wo auf besonderen Wunsch die „Fledermaus“ gegeben wurde. Der Besuch wird als ein Zeichen der guten Beziehungen zwischen Deutschland und England betrachtet.

Abschied vom Reparationsagenten

Kaum bemerkt von der breiten Öffentlichkeit, vollzog sich in diesen Tagen ein für Deutschland höchst bedeutsamer Vorgang: der Reparationsagent Parker Gilbert rüstet zum Abschied. Eine der wichtigsten Auswirkungen der Dager Vereinbarungen tritt damit ein. Nach Ratifizierung des Youngplanes durch die beteiligten Mächte haben alle Kontrollorganisationen ihre Tätigkeit in Deutschland zu beschließen — alle Kontrollen, vom Reparationsagenten angefangen, bis zu den Kommissaren für die Reichsbank, für die Reichsbahn, den Treuhändern für die verschiedenen Schuldbeschreibungen usw. Der komplizierte und vielverästelte fremdländische Apparat mit seinem kunstvoll ausgeklügelten Kontrollsystem verschwindet vom deutschen Boden. Ein für ein großes Kulturvolk, wie das deutsche, auf die Dauer unerträglicher Zustand findet sein Ende.

An der Spitze dieses mit weitgehenden Kontrollbefugnissen ausgestatteten Apparats stand der Generalagent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert. Man hat diesen Mann, der im jugendlichen Alter von 38 Jahren an seine schwierige Aufgabe herantrat, den ungekrönten Herrscher von Deutschland, den Kronvogel, den Finanzdiktator genannt. Zugegeben, er hat von seinen weitgehenden Befugnissen verhältnismäßig maßvoll Gebrauch gemacht. Er war sozusagen ein Diktator in Glacéhandschuhen — aber doch ein Diktator! Von seinen weiträumigen Büros in der Luisenstraße zu Berlin aus regierte er, wenn man so sagen darf, Deutschland, seine öffentlichen Finanzen, seine Wirtschaft. Mit Machtvollkommenheiten ausgestattet, die über die Befugnisse eines leitenden Staatsmannes in konstitutionell regierten Ländern weit hinausgingen. Nicht nur die Reparationsgelder wurden von ihm verwaltet — er beobachtete ständig die deutsche Wirtschaft und Finanzpolitik, er veröffentlichte, halbjährig, mitunter auch in kürzeren Zwischenräumen, Berichte kritischer Art über die deutsche Wirtschaftslage, über das Finanzgebahren des Reichs, der Länder und Gemeinden. Unbeiloblich wirkten diese Berichte mitunter im Ausland, wo Parker Gilbert als unanfechtbare Autorität in Wirtschaft und Finanzfragen galt. Er hat, bei vielfach richtiger Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage, auch manche Fehlschlüsse gezogen, die sich in der öffentlichen Meinung des Auslandes höchst ungünstig für Deutschland auswirkten. Auch in der Form waren diese Berichte gelegentlich für ein großes Volk wie Deutschland schwer zu ertragen.

Ein umfangreicher Apparat stand dem Reparationsagenten zur Verfügung. Nicht weniger als 121 Köpfe betrug das Berliner Personal, das sich aus Amerikanern, Franzosen, Engländern, Italienern, Belgiern und Holländern zusammensetzte. 52 höhere Beamte mit ihren Hilfskräften waren die geistigen Träger der Kontrolle, darunter die Kommissare und Treuhänder, die Assistenten und Bürovorsetzer, die Beamten des Transferkomitees und wirtschaftliche Sachverständige, der Finanzdirektor und Rechtsbeistand usw. Der übrige Teil des Personals setzte sich aus Angehörigen des Verwaltungsdienstes zusammen. Ein Teil des Personals wird voraussichtlich von der neugeschaffenen Kamf für internationalen Zahlungsverkehr in Basel übernommen.

Kraftfahrzeugsteuer und Straßenerhaltung

180 000 km Landstraßen — Ein 4 1/2-Millionen-Projekt

Die Pressestelle des Reichsministers schreibt:

Aus Anlaß der bevorstehenden Neufestsetzung der Kraftfahrzeugsteuer ist von Kraftfahrzeuginteressierten die Behauptung aufgestellt worden, daß das heutige Steueraufkommen fast die Hälfte der Straßenerhaltung bede. Das ist unzutreffend. Einem Nettoeinkommen an Kraftfahrzeugsteuer von 200 Millionen im Jahre 1929 entspricht eine Jahresausgabe von mindestens 522 Millionen. Diese 522 Millionen sind nur als vorläufiges Erhebungsergebnis der Länderregierungen festzustellen und beziehen sich nur auf die Hauptlandstraßen. Die Anpassung der 180 000 Kilometer Landstraßen an die Erfordernisse des modernen Verkehrs würde eine Aufwendung von 4 1/2 Milliarden Reichsmark erfordern. Aus den Ertragsüberschüssen der Kraftfahrzeugsteuer, die reiflos dem Straßenerhaltung zugute kommen, kann nur das allernötigste gedeckt werden. Eine anderweitige Verwendung der Mittel als für den Straßenerhaltung ist seit dem 1. April 1927 gesetzlich ausgeschlossen. Eine Modernisierung des Straßenerhaltunges nach im entscheidenden Umfang würde das Vielfache des Aufkommens der Kraftfahrzeugsteuer erfordern.

Ob die heutige Art der Festsetzung der Kraftfahrzeugsteuer für die Fahrzeughalter das Richtige trifft, kann dahingestellt bleiben. Eine Senkung des Aufkommens würde für den Straßenerhaltung und dadurch für die Fahrzeughalter selbst nicht wieder gutzumachende Schäden nach sich ziehen.

Kurze Nachrichten

Austritt aus der Demokratischen Partei. Das Hamburger Bürgerchaftsmitglied Edith Lueth, die Führer der Jungdemokratischen Hamburg, hat seinen Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei erklärt. Der Austritt Lueths ist dem Dortmunder „Generalanzeiger“ gegen den Parteiführer Koch-Beser entfallen war.

Bestrafung eines französischen Marineoffiziers. Von dem Marinekriegsgericht in Brest ist Kapitän z. S. Benoit auf zwei Jahre seiner Befehlshaber des Kreuzers „Edgar Quinet“, der im Januar an der algerischen Küste auf ein Riff lief und unterging. Die gesamte Besatzung konnte gerettet werden.

Neue Banknoten in der Schweiz. Nach Verbrauch des gegenwärtigen Vorrates wird die Schweizerische Nationalbank — voraussichtlich im August — neue 20-Franken-Noten mit dem Bilde Heinrich Heines in Umlauf setzen.

Ausweisung eines Sowjetvertreters aus Mexiko. Nach Meldungen aus Veracruz wurde Jacob Friedman, der als Verwalter der geschlossenen Sowjetgesellschaft in Mexiko zurückgeblieben war, ausgewiesen. Er hat die Rückreise auf einem deutschen Dampfer angetreten.

Wie aus Lübeck gemeldet wird, ist abermals ein Kind an den katastrophalen Nachwirkungen des Calmetteverfahrens gestorben. Damit sind 19 Todesopfer zu beklagen. Insgesamt sind 89 Kinder erkrankt. Ein Kind ist inzwischen wieder hergestellt. Heute werden aus Paris zwei Sachverständige des Pariserischen Instituts entsendet, um Untersuchungen über die Ursache des Fehlschlags mit dem Calmetteverfahren anzustellen.

In Zürich wurde der frühere außerordentliche Staatsanwalt, Rechtsanwalt Dr. Rhodheimer heute nacht bei der Rückkehr in seine Wohnung im Garten erschossen. Als Täter kommt ein wegen Betruges verurteilter Kaufmann in Betracht, dessen Gegenpartei Rhodheimer im Prozeß vertrat.

Dem kürzlich gemeldeten Erdbeben in Persien sind 2000 Menschen zum Opfer gefallen.

In Quintero (Chile) stieß ein Wasserflugzeug, als es landen wollte, mit dem Kraftwagen des Bürgermeisters zusammen. Der Pilot und vier junge Mädchen wurden getötet und sechs andere Personen schwer verletzt.

Die Südamerikafahrt des „Graf Zeppelin“

Vor der Ankunft in Pernambuco

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das infolge starken Gegenwindes teilweise mit verminderter Geschwindigkeit fuhr, wird voraussichtlich noch heute in Pernambuco (Brasilien) eintreffen, von wo aus nach einer Zwischenlandung die Weiterfahrt nach Rio de Janeiro erfolgen wird.

22. Mai. (Tel.). Wie die Associated Press aus Pernambuco meldet, entwickelt sich auf dem Landungsplatz mit seinem der Sichtbarkeit wegen rot-weiß angezeichneten Ankermaße bereits lebhaftes Treiben in der nach Tausenden zählenden Menge, die aus dem Hinterland und den Nachbarstaaten zusammengeströmt ist, um den Zeppelin zu sehen. Auch sonst selten gesehene Typen kann man beobachten, wie z. B. sogenannte Sextanejos, mit Flinten und Patronengürteln ausgestattete Siedler der abgelegenen Gegenden, die der Zeppelinlandung wie einem Wunder entgegensehen. An der höchstgelegenen Stelle des Flugplatzes ist ein Postdienst eingerichtet, der das Auftauchen des Zeppelins am Horizont sofort melden wird. Für die Verpflegung der erwarteten Massen sind umfangreiche Vorbereitungen getroffen.

22. Mai. Ein Radioamateur hat einen Funkpruch des „Graf Zeppelin“ aufgefangen, aus dem hervorgeht, daß das Luftschiff zwischen 12 Uhr mittags und 2 Uhr nachmittags (3 und 5 Uhr nach m. mittelländischer Zeit) hier eintreffen wird. In Nord befindet sich alles wohl.

Nach einem um 12.30 Uhr (mittelleuropäische Zeit) in New York aufgefangenen Funkpruch hat „Graf Zeppelin“ um diese Zeit den Äquator überflogen und befand sich in einer Entfernung von 250 Seemeilen von der Insel Fernando Noronha. Von Fernando Noronha kam ein Funkpruch, wonach das Luftschiff mit der dortigen Radiostation in Verbindung steht.

Die Dauererwerbslosen

Die Fürsorgelast der Gemeinden

Sommer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß trotz der Arbeitlosenversicherung und der Krisenfürsorge ein erheblicher Teil der Erwerbslosen der gemeindlichen Wohlfahrtspflege zur Last fällt. Das sind die Dauererwerbslosen, die heute innerhalb des großen Heeres der Arbeitslosen ein eigenes zahlreiches Armeekorps bilden. In der Verfürsorge ist weit schwieriger als die der gelegentlichen Unterstützungsempfänger in der Arbeitlosenversicherung. Wenn diese erschöpft ist, so bleibt nur noch die Hilfe der gemeindlichen Wohlfahrtspflege, die in möglichst individueller Weise den Erwerbslosen und seine Familie notdürftig über Wasser halten muß. Die Zahl dieser Dauererwerbslosen ist verhältnismäßig groß, und sie wächst noch immer.

Selbst in den Sommermonaten und in anderen Zeiten verhältnismäßig günstiger Arbeitsmarktlage sind die Dauererwerbslosen kaum mehr in Arbeitsstellen unterzubringen. Mit der katastrophalen Verschlechterung der gesamten Arbeitsmarktlage, die in diesem Winter eingetreten ist, hat sich die Zahl der Dauererwerbslosen noch außerordentlich stark vermehrt. Von den in der Arbeitlosenversicherung Ausgesicherten erfaßt heute die Krisenfürsorge, die im vorigen Sommer wesentlich eingeschränkt worden ist, nur noch etwa 53 Prozent. Der Rest dagegen muß von der gemeindlichen Wohlfahrtspflege betreut werden. Dazu kommen dann alle diejenigen, die überhaupt keine Ansprüche an die Arbeitlosenversicherung haben, und ferner die große Anzahl derer, die auch in der Krisenfürsorge bereits ausgesagt sind. Infolgedessen sind die Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden zur Steuerung der Arbeitlosennot derartig angewachsen, daß viele Gemeinden mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung nicht mehr wissen, wie sie für diese Ausgaben Deckung beschaffen sollen.

Diese bedrohliche Tatsache wirkt sich um so schlimmer aus, als von dieser Sonderbelastung gerade die Gemeinden am meisten betroffen werden, in denen seit langer Zeit eine umfangreiche Arbeitslosigkeit herrscht und dadurch die Steuererhebungen in ganz erheblicher Weise zurückgegangen sind. Die große Arbeitslosigkeit ist eine Folgeerscheinung der Verschlechterung der allgemeinen Arbeitsmarktlage und der gesamten Wirtschaftskontinuität. Daher stellt sich der Reichs-Städtebund — und mit ihm auch die anderen kommunalen Spitzenorganisationen — auf den Standpunkt, daß die Folgen der Arbeitsmarktkrise nicht den Gemeinden allein aufgebürdet werden können. Um wenigstens die infolge dieses Zustandes in vielen Gemeinden eingetretene Finanznot einigermaßen zu mildern, fordert der Reichsstadtebund in einer Eingabe an den Reichsarbeitsminister, daß die Krisenfürsorge wieder auf alle Berufe ausgedehnt werde, da die Dauererwerbslosigkeit sich gegenwärtig nicht mehr auf einzelne Berufsgruppen beschränkt. Diese erweiterte Krisenfürsorge soll wenigstens so lange Geltung haben, wie die jetzige schlechte Arbeitsmarktlage andauert.

Eine neue Schreibmaschinen-Kurzschrift

Der 1. April brachte uns für die Schreibmaschine die Einheitstatur Din 2112, nachdem der Beschluß dazu vor über zwei Jahren gefaßt worden war. Was eine Einheitstatur bedeutet, ist jedem klar, der mit der Schreibmaschine zu tun hat. Der heutige Zustand, daß jemand, wenn er plötzlich auf einer Maschine anderer Konstruktion schreiben soll, nur einen Teil der Schreibgeschwindigkeit entwickeln kann, wird in Zukunft aufhören. Eine Reihe von Fabrikanten bringt Modelle mit der Einheitstatur schon seit längerer Zeit zum Verkauf.

Im engen Zusammenhang mit der Einheitstatur steht die neue Maschinenkurzschrift. Das in wenigen Stunden erlernbare System benutzt nur 44 Zeichen, ohne Umschaltung und ohne Zwischenraumtaste, kann also auch bei Reisen auf einer Kleinmaschine geschrieben werden. Die Maschinenkurzschrift ermöglicht, was bisher selten der Fall war, daß alle, welche das System gelernt haben, Stenogramme Dritter lesen können, ohne sich an handschriftlichen Eigentümlichkeiten stören zu müssen. Der Diktierende ist somit jederzeit in der Lage, das Diktierete vor der Maschine durchzulesen. Das System nutzt die Zeichen der 44 genannten Tasten voll aus. Bis auf vier Buchstaben, die eine neue Bedeutung haben, behalten alle ihre im Deutschen übliche. Die große Schwierigkeit der Milautverbindungen (Konsonanten) ist fast ausschließlich gelöst durch Schaffung von „Zahlenbuchstaben“, für die nur drei einfache Regeln bestehen. Gedankenstrich, Gleichheitszeichen, Punkt und Komma sowie der Akzent haben ihre eigenen Aufgaben. Die Kürzel sind sehr einfach und klar gebildet und haben vielfach innere Verwandtschaft. Derjenige, der andere Stenographien kennt, wird manches Bekannte finden, was ihm die Erlernung wesentlich erleichtert.

Die Handkurzschrift verliert zweifellos durch die Maschinenkurzschrift nicht an Wert; aber die Maschinenkurzschrift eröffnet eine Reihe neuer Verwendungsmöglichkeiten für die Schreibmaschine, die den Schreibern vor allem Kraft und Zeit ersparen, was heute gleich wichtig ist.

Das neue System, von H. Köhmann in Karlsruhe stammend, hat bei Vereinen und Schulen schon lebhaftes Interesse geweckt. Auch ein Lehrbuch für die deutsche Maschinenkurzschrift — Deumafu genannt — ist erschienen.

Badischer Teil

Verbesserungen im badischen Luftverkehr

In einer am Mittwoch im Karlsruher Flughafen stattgefundenen Pressebesprechung machte Direktor Graef von der Badisch-Pfälzischen Lufthanfa interessante Ausführungen über den Stand des badischen Luftverkehrs im neuen Sommerflugplan der Lufthanfa.

Ganz allgemein gesprochen haben sich die Flugverbindungen für Baden und namentlich die Landeshauptstadt Karlsruhe, ganz bedeutend verbessert. Neben der alten internationalen Fernverbindung Paris—Saarbrücken—Karlsruhe—Stuttgart—München—Wien bzw. Breslau erscheint auch die gutfrequentierte Schwarzwalddlinie Karlsruhe—Baden-Baden—Birlingen—Konstanz wieder im Flugplan mit ihrer nördlichen Fortsetzung nach Mannheim—Darmstadt und Frankfurt. Interessant ist zu hören, daß die landschaftlich hochinteressante Schwarzwalddlinie im vergangenen Sommer in der Frequenz an zweiter Stelle aller von der Deutschen Luft-hanfa besetzten Strecken stand, und daß die bestfrequentierte Linie ebenfalls eine badische war, nämlich die Strecke Freiburg—Stuttgart. Neu hinzugekommen ist in diesem Sommer die von der Nordbayerischen Luftverkehrs-A.G. mit kleinen Maschinen besetzte Wädertlinie Karlsruhe bzw. Baden-Baden—Mannheim—Mainz—Wiesbaden—Köln—Düsseldorf, die eine 2½stündige Verbindung mit Köln und eine 3½stündige mit Düsseldorf darstellt, und bedeutend billigere Fahrpreise hat als die anderen Linien. Auch die Schwarzwalddlinie Karlsruhe—Konstanz stellt mit einer Stunde 40 Minuten Flugzeit gegenüber 7 D-Zug-Stunden eine Spitzenleistung dar.

Direktor Graef erinnerte ferner an den technischen Fortschritt im Luftverkehr und unterstrich den Grundgedanken der Deutschen Lufthanfa, der allen Flugzeugführern stets und ständig eingeschärft werde, daß die Sicherheit der ihnen anvertrauten Fluggeräte höher anzuschlagen sei, als die Schnelligkeit. Die Piloten seien angehalten, besondere Vorsicht bei schlechtem Wetter zu üben und keineswegs in den Nebel hineinzufahren, sondern zum Starthafen zurückzulehren. Bemerkenswert ist die Feststellung, daß im Verkehrsgebiete der Badisch-Pfälzischen Lufthanfa bis heute noch keinem Fluggerät ein Haar gekrümmt wurde. Direktor Graef kam dann im einzelnen auf die außerordentlich guten Verbindungen auf dem Luftwege zu sprechen, die in diesem Jahre die badische Landeshauptstadt nach fast allen deutschen sowie ausländischen Hauptstädten aufzuweisen hat. Gleich günstig liegen auch die Rückflugverbindungen nach Karlsruhe. Nach einer Statistik der Deutschen Luftverkehrsgesellschaft wurden im Jahre 1929 10,4 Mill. Kilometer beflogen und nahezu 97 000 Fluggäste befördert. Auf rund 14 000 beförderte Fluggäste kommt ein tödlicher Unglücksfall.

Stadtrechtsrat Hermann betonte, daß die Zukunft des Verkehrs bringen werde, daß die jetzt zur Förderung des Luftverkehrs ausgeworfenen Gelder nicht umsonst gewesen sind.

Badischer Arztetat

Dieser Tage fand in Baden-Baden der VII. Badische Arztetat unter dem Vorsitz von Dr. Mampell (Mannheim) statt. Am ersten Verhandlungstag beriet die Versammlung die mannigfachen Ständesfragen, die sich aus der allgemeinen Zeitlage ergeben. Ausgangspunkt für die Debatte waren Referate von Direktor Dr. Harms (Mannheim) über „Die Tätigkeit der badischen Ärztekammer“ und von Dr. Cahen (Mannheim) über „Wirtschaftliche Tagesfragen“.

Besprochen wurde vor allem die Frage der Reform des Medizinstudiums und die Prüfungsordnung für Ärzte, deren Notwendigkeit allgemeine Anerkennung findet, ferner das Bestehen mancher Krankenanstalten, Eigenbetriebe einzurichten, was von den Ärzten abgelehnt wird, da die individuelle Behandlung und die freie Arztwahl hierdurch notleidet. Beanstandet wurde die Forderung der sogenannten Mittelstandsversicherung an die Ärzte, Auskünfte über Diagnosen ihrer Patienten zu geben, da das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient durch eine solche Maßnahme erschüttert würde. Allgemeine Ablehnung erfuhr die Zeileis-Methode, deren suggestive Wirkung auf beeinflussbare Gemüter zwar möglich ist, deren Behandlungswert aber durch die ungenügende wissenschaftliche Fundierung mehr als fragwürdig erscheinen muß. Die Debatte über die Gemeinverträglichkeit führte zu einer Entschließung, in der die Ärzteschaft die Herangehung zu einer derartigen Steuer als mit ihrer Berufsauffassung unvereinbar bezeichnet.

Der zweite Verhandlungstag war der Förderung der Frage „Die Berufsausbildung und ihre Bedeutung für die Planwirtschaft“ gewidmet. Dr. Mampell (Mannheim) wies in seinen Begründungsworten darauf hin, daß der Arzt seine Aufgabe am einzelnen und am ganzen Volke nur erfüllen könne, wenn eine berufliche und wirtschaftliche Freizügigkeit des Arztesverbandes gewährleistet würde. Nebenarzt Dr. Lufheimer (Mannheim) betonte in einem Referat über „Schulauläufe“ die Notwendigkeit einer möglichst einheitlichen Schullaufbahn für alle Kinder bis zu dem Alter, in dem eine Erkennung der Begabungsrichtung des einzelnen möglich sei. Die Berufsberatung dürfe nur von besonders ausgebildeten und festigten Persönlichkeiten durchgeührt werden, um die oft durch Außerachtlassung der Begabung neigenden Jugendlichen der Tätigkeit zuzuführen, in der sie sich bewähren können. Unter „Planwirtschaft“ über die Dr. Sadrich (Leipzig), Syndikus der ärztlichen Spitzenorganisationen, sprach, versteht man nach einheitlichem Plan organisierte Volkswirtschaft. Die Bedeutung dieser Frage für den Arztstand wird an der Überfüllung des ärztlichen Berufes deutlich sichtbar. Da der Bedarf an Ärzten auf unabsehbare Zeit gedeckt und die Aussicht auf eine nützbearbeitende Tätigkeit für den heute studierenden Nachwuchs gering ist, muß in der Schule und bei der Berufsberatung dringend vor dem Studium der Medizin gewarnt werden.

Die Verhandlungen, denen außer etwa 200 Ärzten aus Baden, am zweiten Tage auch ärztliche Vertreter der Nachbarländer, Vertreter der Behörden und Krankenanstalten beiwohnten, fanden größtes Interesse der Teilnehmer.

Pflastersteine

sowie alle einschl. Artikel vom härtesten Neckartalsandstein, liefert schnell und billig

Karl Schmelzer

Sandsteinbetriebe, Rockenau bei Eberbach a. Neckar • Telephon 68

über 100 Bewerber! Die Schwainsalbdahn AG. in Freiburg i. Br. hat die Stelle eines Betriebsleiters für einen technisch Vorgebildeten ausgeschrieben. Wie verlautet, haben sich über 100 Bewerber gemeldet.

Aus der badischen Industrie

Neue Auslandsaufträge für Daimler-Benz, Gaggenau. In den letzten Wochen konnte der „N. Bad. Landesztg.“ zufolge Daimler-Benz AG., Gaggenau, eine Reihe von Feuerwehrautofahrzeugen wie Motorspritzen, Drehleitern, Mannschafswagen, Tankspritzen usw. an auswärtige Staaten verkaufen. Unter diesen Aufträgen sind besonders zu erwähnen: Lissabon mit 20, Angora mit 4, Kopenhagen mit 8, Budapest mit 2 und Belgien mit 10 Fahrzeugen.

Lohnstreik in Brennet beigelegt. Der Lohnstreik in einer Abteilung der Mechanischen Munitionsberei Brennet in den Betrieben Wehr und Brennet ist beigelegt worden. Bekanntlich hatte ein Teil der Belegschaft gekündigt und wäre, falls die Einigung nicht erzielt worden wäre, nach Ablauf der Kündigungsfrist in den Streik getreten.

Tagungen

45. Badischer Gastwirtsverbandstag. Nachdem die badischen Gastwirte im vorigen Jahre nahe an 150, in Kehl, gelangt hatten, fanden sich diesmal etwa 100 Delegierte aus ganz Baden in Wertheim zusammen. Angenommene Anträge betreffen u. a. Vorbereitung der Zusammenlegung der badischen und württembergischen Gastwirtsvereinigungen, Steuern-Tarif- und Versicherungsfragen. Als Tagungsort für 1931 wurde Fingen bestimmt. Die Hauptversammlung am Mittwoch leitete der Vorsitzende Knobel (Karlsruhe). Das neue Schankstättengesetz werde als ein Ausnahmefach gegen die Gastwirte empfunden, nicht als ein Schutz der Jugend vor dem Alkohol. Man verlange die Rot der Winger nicht, würde eher im Interesse der Winger bedauern, nötigenfalls wegen der Konkurrenz durch Strauchwirtschäften von der bisherigen Propaganda für den badischen Wein absehen zu müssen. Von den einstimmig angenommenen Anträgen sind zu erwähnen: Feiertagsverlängerung der Städte bis 4 Uhr, regierungsseitiges Späterlegen des gesetzlichen Einuhrschlusses, Angleichen des Gebührenmaßes in Baden an Preußen, Befreiung der Kolozimeldepflicht für weibliches Bedientenpersonal, Genehmigung von Strauchwirtschäften nur durch die Bezirksämter (statt Ortsbehörden), Forderung auf Erleichterung der Warenhauskonzessionierung für Erfrischungsräume, Ermäßigung der Konzessionsgebühren und der Polizeiposten. Der Vorsitzende bewilligte, auf den Gemerkschmeier Hybridenbauernprotest verweisend, das Einschreiten der Regierung gegen den Hybridenbau. Die Vollkonzeption müsse den Warenhäusern unbedingt verjagt bleiben, widrigenfalls man mit der Boykottierung der Warenhäuser antworten würde.

Aus der Landeshauptstadt

Karlsruher Großflugtag 1930. Wie bereits bekanntgegeben wurde, findet am Sonntag, dem 1. Juni, auf dem Flugplatz der Badisch-Pfälzischen Lufthanfa ein großartiger Flug- und Werbetag statt, den das Büro für Luftfahrt Heilmann (Mannheim) im Benehmen mit dem Badisch-Pfälzischen Luftfahrtverein und der Deutschen Lufthanfa-A.G. Verwaltung veranstaltet. Das Programm der ohne Zweifel außerordentlich interessanten Vorführungen steht nunmehr endgültig fest und wird in den nächsten Tagen veröffentlicht. Den Vorterrakt wird das Musikhaus Schalte übernehmen.

Revision auf der Staatsanwaltschaft im Giftmordprozess Werner. Wie wir erfahren, hat nunmehr auch die Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch der Frau Märkle im Giftmordprozess Werner Revision eingelegt. Der Verteidiger des zum Tode verurteilten Kriminalkommisars Werner hatte bekanntlich schon vor einigen Tagen Revision gegen das Todesurteil angemeldet.

Zahlung der Militärenten. Die Militärenten werden in der Regel am 29. jeden Monats gezahlt. Da jedoch der 29. Mai ein Feiertag (Himmelfahrtstag) ist, erfolgt die Zahlung der Militärenten in diesem Monat bereits am 28. Mai.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Von England bis nach Estland reicht sich jetzt ein breiter Hochdruckrücken, in dem stellenweise der Druck bis 770 Millimeter gestiegen ist. In den Mittelmeerländern ist andererseits der Druck gefallen, so daß sich auf dem Festland eine ziemlich allgemeine Nordostströmung eingestellt hat. Dadurch wird die durch Einstrahlung tagsüber eintretende Erwärmung in mäßigen Grenzen gehalten. Wetterausichten: Zeitweise heiter und vorwiegend trocken, bei nordöstlichen Winden, Temperaturen wenig verändert, örtliche Gewitterbildungen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. Mai		21. Mai	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.32	168.66	168.30	168.64
Kopenhagen 100 Kr.	112.02	112.24	112.01	112.23
Italien . . . 100 L.	21.95	21.99	21.95	21.99
London . . . 1 Pf.	20.345	20.385	20.344	20.384
New York . . . 1 D.	4.186	4.194	4.186	4.194
Paris . . . 100 Fr.	16.41	16.45	16.405	16.445
Schweiz . . . 100 Fr.	80.995	80.811	80.96	81.12
Wien 100 Schilling	59.05	59.17	59.045	59.165
Prag . . . 100 Kr.	12.415	12.435	12.413	12.433

Zentrale der landw. Lagerhäuser AG., Tauberbischofsheim

Die Gläubigerversammlung der Zentrale der landw. Lagerhäuser AG., Tauberbischofsheim, hat bekanntlich am 16. April dem Vergleichsverfahren zugestimmt. In der am Mittwoch abgehaltenen Generalversammlung des Unternehmens wurde die Auflösung der Gesellschaft mit nachfolgender Liquidation genehmigt und zu Liquidatoren Generalrat Heiser (Heidelberg) und Rechtsanwalt Pför (Tauberbischofsheim) bestellt.

Die Versammlung nahm einen sehr stürmischen Verlauf, da heftige Angriffe gegen den Generaldirektor Hoff sowie gegen den badischen Staat gerichtet wurden, letztere deshalb, weil der Staat sich nicht bereit erklärt habe, die von ihm gegebenen 300 000 RM freizugeben und somit für die Gläubiger und insbesondere die Kleingläubiger eine höhere Vergleichsquote zu sichern. Regierungsrat Dr. Wagner verwahrte sich gegen die gegen den Staat gerichteten Angriffe. Die den Staat betreffenden kritischen Fragen würden im Prozeßwege entschieden werden, den der Staat bereits beschritten habe. Heftige Angriffe wurden auch wegen des Gergangs des Zusammenbruchs erhoben, der dem Aufsichtsrat bereits vor zwei Jahren bekannt gewesen sei und weil angeblich mehrere Aufsichtsratsmitglieder ihre Einlagen noch rechtzeitig aus dem Unternehmen herausgezogen hätten, als sie sahen, daß das Unternehmen nicht mehr zu halten war.

Mannheimer Versicherungsgesellschaft, Continentale Versicherungsgesellschaft. Über diese Versicherungsgruppe, deren Aktien seit einiger Zeit unter starkem Druck lagen, meldet die „F. B.“, daß bei den beiden Gesellschaften mit einem unbefriedigenden Ergebnis zu rechnen ist, und daß die Frage offen bleibt, ob aus dem regulären Geschäftsergebnis diesmal

überhaupt ein Dividendenvorschlag wird erfolgen können. Im Vorjahr verteilten die beiden Gesellschaften je 15 Proc. Dividende. Die Verwaltung scheint allerdings mit der Möglichkeit zu rechnen, aus dem amerikanischen Freigabe Guthaben, dessen Eingang erwartet wird, eine Auszahlung an die Aktionäre vornehmen zu können.

Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe. — Neuer Vergleichstermin 16. Juli. In Sachen der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe wurde der Vergleichstermin erneut verlegt, und zwar auf den 16. Juli d. J., nachmittags 3 Uhr. In dem am Mittwoch abgehaltenen Termin setzte Rechtsanwalt Dr. Homburger als Vertrauensperson die Gründe auseinander, die den Gläubigerversammlung veranlassen, die Verlegung vorzuschlagen. Einmal ist es, dass in der Zwischenzeit erfolglos Verkauf des Passivars der Maschinenbau-Gesellschaft zum Preise von 900.000 Reichsmark. Die Verteilung dieses Erlöses wird den Gegenstand langer und schwieriger Verhandlungen bilden. Jetzt wird mit Hochdruck daran gearbeitet, die noch übriggebliebenen Grundstücke, Gebäude und Hallen zu einem angemessenen Betrage zu verkaufen. Weiter sprach für die Verlegung, daß sich in letzter Zeit aus Lieferungen, die vor Beginn des Verfahrens erfolgten, Schwierigkeiten ergeben haben, indem Kunden versuchten, mit Garantie- und Schadenersatzansprüchen an die Maschinenbau-Gesellschaft heranzutreten. Diese Forderungen bedürfen sorgfältiger Prüfung und Behandlung.

Kurze Nachrichten aus Baden

Id. Waldbach, 21. Mai. Der durch das Hochwasser angerichtete Schaden im Gebiet der Stadt Waldbach wird von amtlicher Seite auf 15-20.000 M geschätzt. Der am sog. Jungfernstieg angerichtete Schaden ist größer als man zuerst angenommen hatte. Die Hälfte des Sieges muß abgetragen und neu errichtet werden.

Id. Bilingen, 21. Mai. Die in dem früheren Maschinenfabrik der Hollerich-Fabrik eingerichtete Turnhalle wurde der Volkshochschule übergeben. Da in dem gleichen Bau auch die höhere Handelsschule verlegt wird, ist Platz für die Volkshochschule gewonnen worden, so daß auf lange Jahre hinaus kein Schulneubau errichtet werden muß.

Staatsanzeiger

Rosvertrieb. Dem württembergischen Kennverein in Stuttgart wurde die Erlaubnis zum Rosvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 16. Mai 1930.
Der Minister des Innern.
J. A. Schwarz.

Bekanntmachung.

Die dem Reichsverein zur Erhaltung der St. Marienkirche in Danzig — Sitz Berlin — unterm 17. Oktober 1929 — Staatsanzeiger, Karlsruhe Zeitung, Nr. 244 vom 19. Oktober 1929 — erteilte Genehmigung, im Lande Baden Geldspenden zugunsten der Wiederherstellung der St. Marienkirche in Danzig zu sammeln, wird unter den gleichen Bedingungen verlängert bis 30. Juni 1931.
Karlsruhe, den 20. Mai 1930.

Der Minister des Innern:
J. A. Kropfperger.

Bekanntmachung.

Die von sämtlichen deutschen Hochschulverwaltungen herausgegebene Deutsche Hochschulstatistik für das Wintersemester 1929/30 ist erschienen. Auf das bei Grunpe & Winkler, Berlin W 85, Potsdamer Straße 106, verlegte Werk wird hingewiesen.
Karlsruhe, den 14. Mai 1930.

Der Minister des Kultus und Unterrichts.
J. V. Dr. Huber.

Bekanntmachung.

Forstliche Fachprüfung 1930. Auf Grund der im Monat April d. J. abgehaltenen Fachprüfung im Forstfach sind zu Fortreferendaren ernannt worden:
Karrer, Eugen, von Viertaler,
Kimmig, Joachim, von Tauberbischofsheim.

Laufer, Verthold, von Lörrach, Dehler, Hansjörg, von Säckingen, Schneble, Alfred, von Balingen, Stadler Gustav, von Weinheim, Steinbach, Wilhelm, von Biffingen, Sticks, Otto, von Bruchsal, Weber, Julius, von Engen.
Karlsruhe, den 20. Mai 1930.
Der Minister der Finanzen.
J. B. Sammet.

Von den Prüflingen, die sich der Obersekretärprüfung 1930 in der Zeit vom 12. bis mit 15. Mai d. J. unterzogen haben, werden für bestanden erklärt:

1. Gschäfer, Erich;
2. Giliar, Adolf.

Karlsruhe, den 21. Mai 1930.
Der Minister der Finanzen:
Schmitt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhelegungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Ernannt:

Verwaltungsassistent Wilhelm Kammerer beim Bezirksamt Karlsruhe zum Verwaltungssekretär.

Planmäßig angestellt:

Verwaltungspraktikant Paul Kern beim Bezirksamt Müllheim als Verwaltungsobersekretär.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Vertret in gleicher Eigenschaft:

Studienrat Dr. Josef Schmidt an der Handelsschule in Neustadt i. Schw., an die Handelsschule in Singen a. S. Gewerbelehrer Walter Wähle, Vorstand der Gewerbeschule in Eberbach, an die Gewerbeschule in Heidelberg.

Verbandssparkasse Schönau b. G. (Öffentliche Sparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1928.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	5 885,88	1. Spareinlagen	534 534,43
2. Guthaben bei Banken, Girozentralebetriebskapital	16 000,—	2. Aufwertungs- und Giroeinlagen	180 046,88
3. Wertpapiere	41 302,50	2a. Aufwertungsabrechnungskonto	29 426,95
4. Wechsel	47 357,36	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	53 963,38
5. Darlehen a. Hypothekendarlehen in laufender Rechnung an Private	425 542,45	4. Sonstige Einlagen	70 911,15
6. Darlehen an Private	194 486,09	5. Anleihen- und andere Schulden	119 995,75
7. Darlehen a. Schuldverschreibungen	89 674,—	6. Ausgaberrückstände	1 853,86
a) an Private	—	7. Rücklagen aus früheren Jahren	17 049,96
b) an öffentliche Körperschaften	27 653,70	8. Reingewinn vom Jahre 1928	14 464,55
8. Grundstückkaufgelde	1 075,—		
9. Aufwertungsforderung	144 486,66		
10. Einnahmerückstände	28 773,27		
11. Gerätschaften	10,—		
	1 022 246,91		1 022 246,91

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

5% aus 659 408,96 RM Einlagen	32 970,45 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1928	31 514,51 "
Somit weniger	1 455,94 RM

Schönau b. G., den 20. Mai 1930. D. 520
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: **Manuschott**, Bürgermeister. Der Geschäftsleiter: **Bältnert**.

Bezirkssparkasse Triberg (Öffentliche Verbandssparkasse)

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	RM	Verbindlichkeiten:	RM
1. Kassenbestand	9 781,28	1. Spareinlagen	1 991 211,53
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Postsparkasse	180 175,06	2. Aufwertungs- und Giroeinlagen	840 557,59
3. Wertpapiere	54 427,45	3. Giro- und Kontokorrenteinlagen	150 680,76
4. Wechsel	59 146,04	4. Stützrenten	744,85
5. Darlehen a. Hypothekendarlehen in laufender Rechnung an Private	1 067 400,—	5. Ausgaberrückstände	1 484,78
6. Darlehen an Private	402 209,49	6. Rücklagen	97 785,13
7. Darlehen a. Schuldverschreibungen	122 353,90	7. Reingewinn per 1929	49 947,93
8. Darlehen an Gemeinden	384 919,70		
9. Aufwertungsforderung	703 671,05		
10. Einnahmerückstände	52 403,85		
11. Grundstücke u. Gebäude	2,—		
12. Gerätschaften	1,—		
13. Bohnungsbaudarlehen	28 385,85		
14. Einlage bei Sparkasse und Giroverband	52 500,—		
15. Aufwertungsbeiträge	20 005,90		
	3 132 412,57		3 132 412,57

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:

8% aus 2 141 892 RM Einlagen	171 351,38 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929	147 733,06 "
Somit weniger	23 618,32 RM

Triberg, den 17. April 1930. D. 524
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: **Reil**. Der Geschäftsleiter: **Reibinger**.

Anordnung des Bezirksrats für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Das Ausführen von Bier, Roheis, Limonaden, Mineralwasser, Milch, Obst, Fleisch- und Brotwaren an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen.

§ 1.

Die Beschäftigung von Arbeitnehmern mit Arbeiten, die bei der Abgabe und Zufuhr von Bier, Roheis, Limonaden, Mineralwasser, Milch, frischem Obst, Fleisch, Bad- und Brotwaren üblicherweise notwendig werden, und damit die Abgabe und Zufuhr selbst für Sonn- und gesetzliche Feiertage nur nach Maßgabe der §§ 2 bis 4 gestattet.

A. Winterzeit (1. X. bis 20. III.)

§ 2.

Falls zwei oder mehr gesetzliche Feiertage aufeinanderfolgen, dürfen jeweils am 2. Feiertag Bier, Mineralwasser, Fleisch- und Brotwaren an die Wirtschaftskräfte bei Eintritt eines nachweislich unbearbeitbaren Bedarfs in der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags abgegeben und zugeführt werden.

B. Sommerzeit (21. III. bis 30. IX.)

§ 3.

Vom 1. Oster- und Pfingstfeiertage abgesehen, dürfen für Walbfeste und sonstige im Freien, in Gartenwirtschaften oder Ausflugslokalen stattfindende Feste sowie außergewöhnliche Veranstaltungen und Anlässe Bier, Roheis, Mineralwasser, Limonaden, Milch, frisches Obst, Fleisch, Brot- und Backwaren von 6 bis 10 Uhr vormittags und von 5 bis 10 Uhr nachmittags abgegeben und zugeführt werden.

C. Gemeinsame Vorschriften.

§ 4.

Die Rückfahrt der zur Zufuhr verwandten Fahrzeuge ist ebenfalls nur in den in § 2 und 3 genannten Zeiten zulässig.

§ 5.

Die Vorschriften, nach denen das gewerbmäßige Herstellen oder Bearbeiten der in § 2 und 3 genannten Lebens- und Genussmittel an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen verboten ist, werden durch die Bestimmungen der §§ 2 und 3 in keiner Weise berührt und bleiben daher uneingeschränkt in Kraft.

§ 6.

Bei Vornahme der in § 2 bis 4 genannten Fahrten ist jede Störung des Gottesdienstes zu vermeiden. Bei Fahrten nach Punkten außerhalb der Städte Karlsruhe und Durlach sind tunlichst die äußeren Straßen zu benutzen. Die Nähe von Kirchen ist tunlichst zu meiden.

§ 7.

In den Fällen, in denen bei den in § 2 bis 4 zugelassenen Verrichtungen eine Beschäftigung von Arbeitnehmern für länger als 3 Stunden oder in der Weise erfolgt, daß sie am Besuch des Hauptgottesdienstes verhindert sind, sind die Arbeitgeber verpflichtet, jeden Arbeitnehmer jeden zweiten Sonntag oder gesetzlichen Feiertag von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends von der Arbeit freizulassen oder ihm für jeden dritten Sonntag oder gesetzlichen Feiertag volle 36 Stunden ganz frei zu geben.

§ 8.

Zu widerhandlungen gegen diese Vorschriften werden, soweit sie sich auf die Beschäftigung von Arbeitnehmern beziehen, gemäß § 146 a. G.D. mit Geld bis zu 600 M, im Unermöglichenfall mit Haft und in den übrigen Fällen gemäß § 386 Ziffer 1 R.St.G.B. mit Geld bis zu 150 M oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

§ 9.

Diese Vorschrift tritt mit dem Tag der Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 20. Mai 1930. D.-S. 35
Bad. Bezirksamt — Polizeidirektion B.

Zwangsversteigerung.

II V T. 12/30.

Im Zwangswege versteigert das Bad. Notariat II Karlsruhe am

Montag, dem 21. Juli 1930, nachmittags 3 Uhr, in seinen Diensträumen, Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer 14, das Grundstück des Schreinermeisters Florentin Armbruster und dessen Ehefrau Susanna geb. Wolf, hier, in Witteigentum je 1/4 stehend.

Die Versteigerung wurde am 19. April 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisung über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 19. April 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten, anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruchs des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des veräußerten Gegenstandes.

Grundstückbeschriftung:

Grundbuch von Karlsruhe, Bd. 94, Heft 3. Gb. Nr. 1876: 1 a 85 qm Hofreite — Jähringergasse 18.

Darauf steht:
ein vierstöckiges Wohnhaus mit Seitenbau rechts, Schienenkeller und Anliehfl.

Schätzungswert ohne Zubehör: 32 000 RM.
Schätzungswert mit Zubehör: 32 050 RM.
Bad. Notariat II — als Vollstreckungsgericht —

Arbeitsübergebung.

Paul Reichsberdingungsordnung sind für den Neubau eines Beamtenwohnhauses in Lörrach nachgeordnete Arbeiten zu vergeben: Bodenbeläge (Gart- und Weichholzfußböden), Glasarbeiten, Schreinerarbeiten, Schlosserarbeiten, Unterlagen und Angebote von Montag, den 26. Mai, bis einschlägig Samstag, den 31. Mai, vorm. 7 bis 12 Uhr (ausschließlich Donnerstag) in unserem Geschäftszimmer. Angebote verschließen mit Aufschrift: „Neubau Beamtenwohnhaus 11. Lörrach“ bis Samstag, den 7. Juni, vorm. 11 Uhr, hier, abzugeben, zu welcher Zeit Submissionsöffnung. Zuschlagsfrist zugleich Bindefrist 4 Wochen nach Eröffnung. D. 521
Bezirksbauamt Lörrach.

Freitag, 23. Mai
*F 25 (Freitagmiete)
H.-Gem. (Sonderoper)
301—300



Der fidele Bauer
Operette von Fall
Dirigiert: Reißberth
Regie: Ammermann

Mitwirkende:
Blatt, Genter, Seibertlich,
Aras, Kallab, Köhler,
Müller, Sauer, Schäfer,
Lubach, J. Größinger,
Ralsbach, Kiefer, Kloeble,
Lauffötter, Löfer, Lentwig,
Reiter, Aras, Kilian, Lindemann, Nagel, Ribinius,
Anfang 20 Ende 22 1/2,
Preise C 1—7 RM

Sa., 24. Mai Gastspiel
Anneliese Born: **X, V, Z.**
So., 25. Mai: **Die Fiebermännchen**. Mo., 26. Mai: **Marius**.